

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4669 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größeres tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 239.

Donnerstag, den 12. Oktober 1905.

12. Jahrg.

Bürgerchaftswähler! Seht die Wählerlisten ein!

Gedenket des Jahres 1806!

R. K. Zu Beginn des heurigen Kaisermanövers hielt der kommandierende General des achtzehnten Armeekorps, Generalleutnant von Eichhorn, eine gar schneidige Rede, in der er dem Kaiser versicherte, daß in seinem Korps kein größeres Sehnen und kein heißeres Wünschen sei, als zu zeigen, wie das Korps für den Kaiser zu stehen wisse. Man darf allerdings solche Aussprüche nicht tragisch nehmen. So erklärt sich der Schreiber an einen Regimentskommandeur, der bei einer festlichen Gelegenheit in den Saal hineinschmettert, daß es für ihn keine größere Freude geben könnte, als das Regiment gegen den Feind führen zu dürfen. Eingeweihte mußten freilich, daß der Oberst garnicht mehr selbstständig war, denn er litt an Reumpfadern, die ihm oft heftige Schmerzen verursachten. Der Teilspruch des Generals von Eichhorn ist nur deswegen besonders interessant, weil nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ auf den Kaisermanövern just der General beim ersten Zusammenstoß mit dem Gegner eine schwere Niederlage erlitt. Der Kaiser, der sich auch als Infanterieführer betätigt, hatte sich auf der Gegenpartei an die Spitze des 69. Infanterie-Regiments gestellt, und mit diesem nahm er dem General von Eichhorn ein ganzes Feldartillerie-Regiment weg. Sage und Schreibe: ein ganzes Feldartillerie-Regiment wurde von Infanterie gefangen genommen! Was das heißt, kann so recht nur ein Militäremann ermessen. Es kommt sonst auf Marschversuchen ja hier und da vor, daß eine einzelne Batterie überraschend von Kavallerie attackiert wird; seltener passiert es schon, daß eine solche Batterie von Infanterie erfolgreich angegriffen wird. Aber daß auf einen Schlag sechs Batterien einem gegnerischen Infanterie-Regiment in die Hände fallen, ist entschieden eine abnorme Leistung. Sobald nämlich die Artillerie gegen die Angriffe exponiert ist, soll ihr Infanterie oder Kavallerie als sogenannte Perimeterbedeckung beigegeben werden. Die Bedienung hat gewöhnlich anderes zu tun, als die Artillerie da, wo das Terrain nicht überflüssig ist, durch Patrouillen oder Posten vor Ueberfällen zu schützen und, sofern ein Angriff erfolgt, den Gegner aufzuhalten, und so möglich abzuwehren. Wir schätzen uns die Frage, ob das 27. Feldartillerie-Regiment — um dieses handelt es sich eine derartige Bedeckung hatte? Ja Koblenz sagte der Kaiser u. a.: „Die schönste Wehr, die der preussische Soldat tragen kann, ist das Pferd, in dem er seinen Gegner im Felde siegreich entgegentritt.“ Wenn es aber auf ein Kaisermanöver, also da, wo die Toppfen unter den Augen ihres obersten Kriegsherrn stehen und daher überall die höchste Anspannung der Klasse vorausgesetzt werden muß, gesehen kann, daß ein ganzes Feldartillerie-Regiment von Infanterie gefangen genommen wird, so ist die Aussicht, der preussische Soldat werde dem Gegner im Felde siegreich entgegenzutreten, nicht sehr groß.

Auf jeden Fall ist es unläugbar, daß gerade der General von Eichhorn, der so kriegerische Töne von sich gab, ein ganzes Artillerie-Regiment einbüßte. Geschadet hat ihm die Niederlage freilich nicht; wenigstens erhielt er den roten Adlerorden I. Klasse mit Eichenlaub.

Nach unserer Meinung wird es allmählich Zeit, daß in der preussischen Armee die Schreibigkeit der Recken abflaut, denn in 3 Monaten schreiben wir 1906 und am 14. Oktober 1906 sind gerade 100 Jahre seit der Schlacht von Jena und Auerstedt, der die bekanntesten Großprecheren preussischer Offiziere voranglängen, verfloßen. Im nächsten Jahr ist ein Säcularfest der Zeit entschwunden, in der die preussischen Gardesoldaten ihre Säbel an den Stufen der französischen Gesandtschaft wetzten; in der der preussische General Muffel sagte: „Generale wie der Herr von Bonaparte hat die Armee Sr. Majestät mehrere aufzuweisen“ usw. Und genau so wie jetzt, hat es auch damals nicht an ehrlichen Warnern gefehlt, deren Kritik hochmüthig zurückgewiesen wurde.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß gerade die tüchtigsten und ernstesten Offiziere nicht schwadronieren. Solchen Offizieren ist wohl bekannt, daß ein Krieg immer ein Wagnis ist. Keine Partei weiß von der anderen, ob nicht sie der großen Feldherrn der Zukunft besitzt. Dazu kommen noch die vielen Zufälligkeiten des Krieges. Auf der einen Seite kann ein General fortwährend Glück haben, wie z. B. Moltke, und auf der andern kann das Pech eine große Rolle spielen, wie es 1870 bei den Franzosen der Fall war. Trotz allem Schlandrian, der auf der Seite der Franzosen herrschte, und trotz der Genialität, die angeblich Moltke zierle, ist es doch sehr fraglich, wie der Krieg ausgefallen wäre, wenn Frankreich den in erster

Linie anrückenden 447 000 Deutschen ebenfalls 447 000 Mann hätte entgegenstellen können. Tatsächlich standen ihm nur 250 000 Mann zur Verfügung, so daß die Deutschen mit 80 Prozent in der Uebermacht waren. Und darum sollte man sich auf die Erfolge von 1870 nicht so viel einbilden. Heute besitzt das deutsche Reich allerdings auch mehr Soldaten, aber diesen Vorteil kann es nicht mehr so leicht zur Anwendung bringen. Frankreich kann jetzt ohne Schwierigkeiten 3 Millionen mobilisieren. Soll die deutsche Uebermacht zur Geltung kommen, dann bleibt dem Reich nichts anderes übrig, als 4 bis 5 Millionen auf die Beine zu bringen. Dies würde aber so viel Geld kosten, daß es sehr fraglich ist, ob die Sache glatt verliefte. 5 Millionen Soldaten kosten im Krieg täglich mindestens 30 Millionen Mk., somit wäre in einem Monat und drei Tagen eine Markteinfuhr fällig. Bei der Mobilisierung von Millionenheeren droht immer ein Augenblick, in dem die Rückfrage auf die Geldmittel Halt gebietet. Wir möchten sehr gern die Antwort erfahren, die der preussische Kriegsminister auf die Frage, woher er das Geld nehmen will, wenn die ganze deutsche Wehrmacht, angefangen vom jüngsten bis zum ältesten und wehrfähigsten mobilisiert würde, gäbe. Summa Summarum: Ein kluger Soldat rechnet nicht. Es kommt im Krieg sehr oft anders als man glaubt. Wer es bezweifelt, sehe nach Deutsch-Südwestafrika. In drei bis vier Monaten hoffte man, mit den Eingeborenen fertig zu werden, und heute ist trotz der 15 000 Mann, die in der Kolonie stehen, kein Ende abzusehen.

Der „Wiederaufbau“ Südwestafrikas.

Eines der letzten Vorträge des Kolonialkongresses beschäftigte sich mit dem „wirtschaftlichen Wiederaufbau Afrikas“. Der Referent über dieses Thema, ein Dr. Hartmann, Hamburg, erklärte, daß als die Hauptaufgabe des landwirtschaftlichen Aufbaues die landwirtschaftliche und bergmännische Erschließung der Kolonie zu erachten sei. Es sei eine planmäßige deutsche Besiedelung für Afrika im großen Stil zu betreiben. Voraussetzung dieser Besiedelung sei die Wasserbeschaffung, ferner die Ausrüstung der Kolonie mit den notwendigen modernsten Verkehrsmitteln, wie Eisenbahnanlagen und Hafenanlagen.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, wie sehr der Kongress von der Regierung begünstigt worden ist. Nun hat auch der Kaiser ein Befehlsgesetz erlassen, das Kongress durch ein Telegramm beantwortet, in dem er „allen Kongressmitgliedern für diese Kundgebung wie für ihre in jähiger Zeit besonders wertvolle Mitarbeit an den großen und schwierigen Aufgaben des Vaterlandes auf kolonialem Gebiet“ seinen Dank ausspricht. Man geht also nicht fehl, wenn man die Vorschläge des Kolonialkongresses mit den Absichten der Regierung im großen und ganzen identifiziert.

Was nun den wirtschaftlichen Aufbau Südwestafrikas anlangt, so ist das eine Sache, die dem Deutschen Reich ungeheure Kosten auferlegen wird. Es ist ja leicht gesagt, daß die landwirtschaftliche und bergmännische Erschließung im großen Stil zu erfolgen habe. Aber schon die landwirtschaftliche Erschließung und Besiedelung wäre nur möglich, wenn die nötige Menge Wasser verschafft werden könnte. Unsere Kolonialfrage ist eben freilich von Wohnungen im großen Maßstab und von Dammbauten, durch die große Sammelbecken geschaffen werden könnten. In Wirklichkeit aber haben sowohl die Bohrungen als auch die Dammanlagen ihren großen Haken. Die Bohrversuche nach Wasser haben bisher im großen und ganzen ein recht unglückliches Ergebnis gehabt. Wie die letzte amtliche Deutscheitsausführung, besitzt kaum ein Drittel des ganzen Landes genügend Wasser, um Vieh darauf zu erhalten. Aber selbst von diesem bleibenden Drittel hat uns die Erfahrung der letzten durch Regenarmut ausgezeichneten Jahre gelehrt, daß keineswegs durchweg ein in normaler Weise vorhandener Wasserbedarf als gesichert angesehen werden kann. Mit Trockenjahren und Perioden muß immer gerechnet werden. Wie weit durch Bohrungen Wasser beschafft werden könnte, ist erst noch festzustellen. Die geologischen und meteorologischen Untersuchungen konnten noch keineswegs als abgeschlossen gelten. Nur wissenschaftlich einwandfrei gesicherte, zahlreich und planmäßig organisierte meteorologische Beobachtungen werden uns in den Stand setzen, diejenige Punkte verhältnismäßig rasch und mit einiger Sicherheit zu bestimmen, wo wirtschaftliche Unternehmungen zur Wasserbeschaffung durch Aufbauen von Teichanlagen und wo nicht.“ Und an anderer Stelle heißt es, daß zur Zeit „halbwegs fundierte Vorstellungen von der Verteilung und

Strömungsrichtungen der unterirdischen Wasservorräte von ihrer Tiefe, Zugänglichkeit und allgemeinen Beschaffenheit, von den Kosten ihrer Erschließung und der Methode ihrer etwaigen Ausnützung überhaupt noch vollkommen fehlt. Ohne solche künstliche Wasserbeschaffung aber wäre an eine Besiedelung der Kolonie überhaupt nicht zu denken! Ob aber Wasser in genügender Menge überhaupt nicht beschafft werden kann, ist, wie die amtliche Deutscheitsausführung selbst, eine einstweilen noch gar nicht zu beantwortende Frage! Es wäre also sehr leicht möglich, daß die Hoffnungen auf künstliche Wasserbeschaffung sich überhaupt nicht erfüllen und daß dann alle die Millionen, die für die Kolonie ausgegeben sind, vollständig nutzlos vergebend gewesen wären!

Aber selbst im allergünstigsten Falle werden nach der Deutscheitsausführung des Dr. Köhler in Südwestafrika überhaupt nur 5000 Ansiedlerfamilien untergebracht werden können. Bis diese Zahl aber vorhanden wäre, dürften nach der Auffassung des Dr. Köhler noch mehrere Jahrzehnte vergehen. Rechnet derselbe doch damit, daß jährlich nur 100 Viehhüterfamilien angeführt würden. Da nun aber Südwestafrika jetzt schon 400 Millionen Mark kostet hat, und bis zur Erreichung des von Dr. Köhler angegebenen Zieles noch weitere Hunderte von Millionen für die Kolonie ausgegeben werden müßten, so würde die Ansiedelung jeder einzelnen Familie in Südwestafrika den deutschen Steuerzahlern mehr als 100 000 Mark kosten!

Nicht besser steht es mit den bergmännischen Ausfichten in Südwestafrika. Auch auf dem Kolonialkongress hat man wiederum von den reichen Mineralreichen gesprochen, die die Berge des Landes beherbergen. Derselben Behauptungen — denn nur mehr als Behauptungen handelt es sich nicht — wurden aber schon vor mehr als einem Jahrzehnt aufgestellt. Schon 1892 wies man in der Budgetkommission des Reichstages ein kleines Goldklumpchen vor, das in Südwestafrika gefunden sein soll. Seitdem ist es von Goldfunden recht still geworden. Dagegen hörte man, daß an verschiedenen Punkten Kupfer gefunden worden sei, und daß die Kupfererzlande vielversprechend zu sein „scheinen“. Etwas Genaueres aber wurde in den folgenden Jahren niemals berichtet. Wenn wirklich größere Erzfelder mit Bestimmtheit ermittelt worden wären, so würde man nicht gegögert haben, diese Funde eifrigst auszunutzen. Die letzte Deutscheitsausführung erklärt denn auch, daß der ganze Nordosten des Landes geologisch noch gänzlich unerforscht sei. Auch die privaten bergmännischen Untersuchungen der letzten Jahren hätten nichts Neues ergeben. Ob also jemals der Bergbau in Südwestafrika irgend nennenswerte Erträge liefern wird, steht noch völlig dahin. Wären tatsächlich die Funde so verheißungsvoll, wie von unseren Kolonialisten behauptet wird, so würde schon längst das Kapital die nötigen Verkehrsmittel geschaffen haben, statt vom Staate den Bau von Eisenbahnen oder wenigstens die Bausicherheiten für die angelegten Kapitalien zu verlangen!

Für das arbeitende Volk gibt es also nur eine Parole: Fort aus Südwestafrika! Wer sich in der Sandwüste anhebeln oder Erz schürfen will, mag es tun, aber auf eigene Kosten und eigenes Risiko!

Salinische Standpunkte.

Das kann ja gut werden. Der „Südd. Tabakztg.“ geht folgende Passage aus München zu. „Aus der Nachricht, daß Senator Frese von Bremen zu den Bundesratsberatungen delegiert sei, ist wohl un schwer zu entnehmen, daß die Tabaksteuerfrage nun ins Rollen kommt, sonst würde Bremen kaum Herrn Senator Frese, den großen Tabakhändler, entsandt haben. In hiesigen parlamentarischen Kreisen weiß man zu erzählen, daß der, wie der Berliner Korrespondent der „Südd. Tabakztg.“ vor vier Wochen richtig mitteilte, abgetane Tabaksteuerzuschlag von 25 Proz. infolge einer unaufrichtigen Darlegung Freses fallen gelassen worden ist. Aber in denselben unterrichteten Kreisen wird ganz bestimmt versichert, daß außer der durch die „Südd. Tabakztg.“ mitgeteilten Zigarettenbanderolls- und Zigarettenpapiersteuern sowie der mächtigen Zollerhöhung auf sämtliche ausländische Fabrikate, auch eine Zinnschmelzsteuererhöhung und eine Zollerhöhung auf Rohkatabake ausgearbeitet wurde, die man eine Verhängnis bei der Biersteuer nicht erzielt haben soll. Ich höre von

ganz unglaublichen Sagen. Um die süddeutschen Regierungen für die wesentliche Erhöhung der Zinlandssteuer zu gewinnen, soll nicht allein die Differenz zwischen Zoll und Steuer um einige Prozent zugunsten des Zinlandsprodukts erweitert, sondern der Zoll auf Rohstoffe in drei Stufen eingeteilt sein, so daß die teuersten überseeischen Tabake nahe an die 150 Mk. Zoll zu zahlen hätten, während die billigen ausländischen Rohstoffe auch noch ganz wesentlich höher als heute belastet sein würden. — Über verschweigt das Blatt die ihm gleichfalls mitgeteilten Zoll- und Steuerfälle, will diese ihm „als ungläublich“ erscheinen. Richtiger wäre es schon gewesen, wenn man diese Sätze erfahren hätte. Dann könnten die Interessierten, sowie die Steuerzahler wenigstens schon einen Vorgeschmack bekommen von dem neuesten Ueberlaß, der an ihnen zu Ruhm und Frommen unserer „glorreichen“ Flotten, Flotten- und Kolonialpolitik vollzogen wurde.

Die „Arbeitgeberzeitung“ über den Wiener Parteitag. Ueber die so befriedigend verlaufene diesjährige sozialdemokratische Tagung haben sich nunmehr ziemlich alle gegnerischen Blätter, von der weiland Stummischen „Post“ bis herab zu Eugen Richters „Freie Deutsche Presse“, weidlich ausgelassen. Als letzter im Bunde der Enttäuschten naht noch die „Deutsche Arbeiterzeitung“, das offizielle Organ des organisierten deutschen Schmarotcherthums. Die entsetzliche und unabweisliche Kampfstellung des deutschen Proletariats ist diesem Blatte natürlich ordentlich in die Kiemen gefahren und in sinnloser Wut fällt es über die Weibische Resolution zum politischen Massenstreik her, die es als eine Proklamierung des Grundgesetzes „Gewalt geht vor Recht“ bezeichnet. Das Schmarotcherblatt warnt zunächst und weist vor einem energischen Vorgehen gegen die „sozialdemokratische Epidemie“ und „revolutionären Tiraden der Wiener Brandredner“ in dem Augenblicke, wo jeder weitere Schritt der Sozialdemokratie auf dem von ihr eingeschlagenen Wege sie noch weiter von der heuchlerischen Vorwand, nur zu Verteidigungszwecken ihre Kämpfe zu treiben, berauben müsse. Denn wenn sich ein Anlaß zum Einschreiten gegen die bürgerliche Gesellschaft nicht biete, dann wird man eben wohl oder übel genötigt sein, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen und den Streit vom Haus zu brechen. Dann aber, und nicht früher, ist es Zeit, den Herren Genossen den Demagogenhut kräftig über die Ohren zu treiben; denn dann erst darf man sich der Erwartung hingeben, daß die zurzeit leider vorhandene Zerspaltung in der Beurteilung der Sozialdemokratie dem einmütigen Verlangen einer endgültigen und gründlichen Abschneidung mit den Trägern der Bewegung weichen wird. Bedarf es doch zu solchem Zweck nicht mehr irgend einer Ausnahmebestimmung, deren Unpopulartät nun einmal nicht hinwegzubehaupten ist, sondern einzig und allein der rücksichtslosen Anwendung solcher gesetzlicher Bestimmungen und der zu ihrer Durchführung erforderlichen Mittel, die von jeher zum Schutze der staatlichen Rechtschaffenheit bestimmt waren. — Diese blutige Ausgeburt einer grenzenlosen Enttäuschung verdient lauter und niedriger gehängt zu werden. Die kommenden Wünsche der Schmarotcher werden sich nicht erfüllen. Die Sozialdemokratie hat von jeher ihren revolutionären Charakter nicht in den anzuwendenden Mitteln, sondern in der energischen, konsequenten Verfolgung ihres Zweckes bewahrt, das sie auf friedlicher Basis, durch die unablässige Revolutionierung der Köpfe zu erreichen hofft. Sollte natürlich dieser Weg durch freche, reaktionäre Anschläge der herrschenden Klassen auf Volkrechte verperrt werden, dann wird das Proletariat schon dafür sorgen, daß den Herren das Vergnügen des Guteintreibens gründlich verfalzen wird.

Zur Fleischnot. Berliner Abendblätter melden: In der gestrigen vertrackten Sitzung des Vorstandes des deutschen Städtetages wurde beschließen, wegen der herrschenden Fleischnot manuels Eingreifen des Landwirtschaftlichen Ministeriums eine Sonderdeputation, der die Oberbürgermeister von Berlin, Frankfurt a. M., München, Stuttgart und Straßburg i. E. angehören, an den Reichskanzler zu entsenden, um wegen der dringlich notwendigen Schritte in der Fleischfrage vorstellig zu werden. Dem Beschlusse entsprechend wurde an den Reichskanzler ein Telegramm abgefaßt mit der Anfrage, wann Herr Bülow die Deputation empfangen wolle. — Bülowen wird jedenfalls wohl auch jetzt wieder erklären, diese Angelegenheit materielle nicht seinen Respekt. Na Reden heißt es ihm ja nicht. — Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Held hatte kürzlich in agrarischen Zeitungen Mitteilungen veröffentlicht, wonach die Herrsche Hons und Syle einen ganz gewaltigen Bestand an Schlachtreisen und jüngeren Schweinen haben sollen. Die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ nahm Veranlassung, da die Angaben mit ihren eigenen Informationen durchaus im Widerspruch ständen, den Abgeordneten Held um Angabe der Orte und Namen der Besitzer zu ersuchen, weil sie dann öffentlich nachweisen wollte, daß die Angaben, die ihm gemacht worden sind, der Wirklichkeit nicht entsprechen. Auf diese Aufforderung erwidert jetzt der Abgeordnete Held der genannten Zeitung, die Nachweisungen lösen angeblich dem Landwirtschastsminister vor, er werde sich bemühen, sie vor dem baldigen zu erhalten. — Wie schade! Während ganz Deutschland unter der Noth zu leiden hat, will allein der Abgeordnete Held, wo es überflüssig an Schweinen gibt. Aber er kann, ohne seine Minister Kollegen etwas zu haben, über sein Schweine-Dorado nichts erzählen.

Verlorene Diebstahl! Die Fremdschiff- und Handelsverträge, in denen der deutsche Reichskanzler einigen fremdschiffen Journalisten gegenüber versprochen, haben, wie nicht anders zu erwarten war, in Frankreich und England die laute Abweisung erfahren. Das Ministerium der ganzen Welt, daß sich der gegenwärtige Kurs durch die weltweite Schiffsverkehr und seine fortwährenden Änderungen erweisen hat, läßt sich durch einige unglückliche Diebstahlsfälle nicht bestreiten. Man hat überall mit einem Grunde bemerkt, daß nur der höchste internationaler Handel der Handelsverträge der Handelsverträge zu Frankreich veranlaßt hat, und daß das gemeinsame „Kulturwerk“, auf das die weltweite Politik des deutschen Reiches gegenwärtig abzielt, ein deutsch-französisch-russischer Vertrag wird, der das englisch-japanische Bündnis ist. Auf ein solches Bündnis hat nicht einzugehen, hat Frankreich seine ganz Schade. Es hat es von England,

seinem Bundesgenossen, nichts zu fürchten, zweitens würde, wie der Pariser Figaro mit Recht hervorhebt, ein europäischer Kontinentalbund an jenem Punkte, auf den es ankommt, nämlich in Asien, gegen die anglo-japanische Koalition vollkommen ohnmächtig bleiben, drittens hat kein Staat der Welt zur deutschen Bundesgenossenschaft eine Spur von Vertrauen. Da man nie wissen kann, wohin sich der weiterwärtige Kurs am nächsten Tage drehen mag. Der Londoner Korrespondent des Pariser Journals „Debats“ faßt die Stimmung des Westens ganz richtig auf, wenn er seinem Blatte schreibt:

Alles in allem, Deutschland erdet, was es gesät hat. Es hat in den letzten Jahren beinahe in der ganzen Welt eine so zweifelhafte Rolle gespielt, es hat ein so tiefes Mißtrauen wider seine Absichten erweckt, es hat so abenteuerliche Wege eingeschlagen, daß England, so lange keine sicheren Beweise dafür vorliegen, an die Ehrlichkeit der deutschen Politik nicht glauben wird.

Der Londoner Korrespondent des „Journal des Debats“ weiß, daß man solche Worte in Paris gerne hört und sie vollinhaltlich unterschreibt, er weiß wohl auch, daß man dort keine Lust hat, mit deutsch-russischer Hilfe eine Färbung gegen England anzusetzen. — In solchen Situationen offenbart sich die ganze hilflose Zerknirschtheit der deutschen auswärtigen Politik, die unabhäglichen Kurven leichtfertig entgegensteuert. Das Ausland hat kein Vertrauen zu dem loyalen Sinn der deutschen Diplomatie, mag es Vertrauen gewinnen zu der unerklärlichen Friedensliebe des deutschen Proletariats, dem die Unfähigkeit seiner Regierung die größten und verantwortlichen Aufgaben zuweist.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Weichenhagen ist verstorben. Derselbe vertrat den Reichstagswahlkreis Donauwörth, eine sichere Zentrumdomäne. Bei der letzten Wahl erhielt das Zentrum 10 231, die Liberalen 7042 und die Sozialdemokratie 206 Stimmen.

Will man wieder Kravalle provozieren? Anlässlich der am Donnerstag in Kattowitz abgehaltene Reichstags-Verfassungswahl sind in Laurahütte zwei berittene Gendarmen stationiert worden. Die Anwesenheit von Gendarmen hat bekanntlich bei der letzten Wahl den Anlaß zu den bekannten Wahlkravallen mit ihren erschreckenden Folgen gegeben!

Norwegen. Das Storting hat am Montag das zwischen den norwegischen und schwedischen Delegierten in Karislad getroffene Abkommen über die Bedingungen der Unionlösung mit 101 gegen 16 Stimmen angenommen. — Gestern schloß Staatsminister Michelsen gemäß der Vollmacht, die durch Beschluß des Stortings vom 7. Juni der norwegischen Regierung erteilt worden ist, die Stortings-Session. Ergeben-Müssen stellte die Anfrage, ob der Staatsminister sich an das dänische Königshaus gewandt habe. Der Präsident des Stortings bemerkte, daß der Staatsminister jedenfalls als Chef der Regierung einen solchen Schritt getan habe. Ohne Einwilligung des Stortings???

Russland. Ueber die Kämpfe in Moskau liegt heute noch folgende Meldung vor: Zwischen Kosaken und auswärtigen Bädern kam es zu einem furchtbaren Zusammenstoß. Etwas 500 Bäder hatten das Dach der Bäder von Petrovskoiwo besetzen, von wo sie die Polizei mit Pfeilspitzen und Dachsiegeln bombardierten. Kosaken forderten zur Uebergabe auf, worauf das Militär eine Salve abgab. Das Haus wurde schließlich zerstört, wobei 192 Bäder verhaftet wurden, darunter 28 Verwundete. Zwei Bäder waren tot. — Am Dienstag spielten sich blutige Vorgänge auf der Dolgoruki-Fabrik ab und zwar in der Fabrik Diebrecht, wo ein kleiner Teil der Arbeiter die Arbeit fortsetzte. Die Streikenden drangen in den Fabrikhof ein zur Verhinderung der Arbeit. Hinter ihnen wurde das Tor geschlossen und im Hofe befand sich Polizei. Die Arbeiter riefen ihre dringenden Kollegen um Hilfe an, worauf von der Straße her Revolvergeschosse fielen. Vier Arbeiter auf der Straße und ein Schahmann wurden getötet, ein Schahmann wurde schwer verwundet. Sofort wurden Kosaken requiriert, doch war die Lage schon wiederhergestellt, als die Soldaten ankamen.

Bombenwürfe in Tiflis. In mehreren Teilen der Stadt wurden Sonntag gleichzeitige Bomben geschleudert; eine explodierte vor der Kaserne in der Nähe des Palais des Statgalters, wobei ein Kosak getötet und elf verwundet wurden. In der Nähe einer Kaserne wurden sechs Bomben geschleudert, von denen vier explodierten. Drei Kosaken wurden hier bei verwundet. Ferner wurde an dieser Stelle ein durch eine Gewehrkugel getöteter Georgier gefunden. Ein anderer Georgier ist unter dem Verdacht verhaftet worden, die Bomben geschleudert zu haben. Bei einer dritten Kaserne explodierten drei Bomben, wobei drei Soldaten verwundet wurden. Ein hier verwundeter Armeekorps wurde unter dem Verdacht verhaftet, der Urheber des Anschlages zu sein. Aus dem Fenster zweier Häuser wurden Schüsse abgegeben, wodurch eine Person verwundet wurde. Am Mittwoch sind für sechs weitere Verhaftungen vorgenommen worden.

Wegen Ueberfalles auf einen Arrestantenwagen, in dem sich der zum Tode verurteilte Orlow befand, wurden in Warschau sechs Schüler zu vier bis acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der Brand des Ueberfalles, Orlow zu befreien, mißlang leider.

Entdeckte Scheinmünzerei. Von der Polizei in Lissabon wurde, nach einem Telegramm von dort, im Keller eines Hauses eine Scheinmünzerei des lettischen sozialdemokratischen Komitees, sowie eine Anzahl Proklamations-, Revolver- und auch Patronen entdeckt.

Entwischte. Gohenthal, der Mörder des jüdischen Predigers Sossan, ist aus dem Gefängnis entflohen.

Massenverhaftungen. Man schreibt der „Russ. Rev.“ aus Petersburg: Die Regierung wütet gegen die revolutionären Parteien. Noch nie sind in Petersburg so viele Menschen verhaftet worden, wie jetzt. So sind z. B. in einem einzigen der Gefängnisse, wie ich zuverlässig erfahre — seit den letzten zwei Wochen täglich durchschnittlich 200 politisch Verhaftete, wovon jetzt die durchschnittliche Zahl 50 nicht übersteigt.

Besonders viele Verhaftungen fanden statt in dieser Woche; die Regierung wünscht augenblicklich die Bevölkerung zu provozieren. Ähnliche Mitteilungen kommen auch aus der Provinz.

Das ist der Rechte. Aus Regierungskreisen verlautet, daß die Erlaubung eines Polizeiministeriums, dem die Polizei und die Gendarmerie unterstellt werden sollen, geplant sei. Für den Posten des Polizeiministers kandidierte Minister Trepow, der bekannte Wühler! Oesterreich-Ungarn.

Das ungarische Abgeordnetenhaus ist durch königliches Handschreiben auf den 19. Dezember vertagt worden. In der gestrigen kurzen Sitzung desselben, in der die Regierung nicht vertreten war, wurde das Gebahren der Regierung scharf geäußert. Eine Resolution Andrássy's fand fast einstimmige Annahme; dieselbe betont, daß das Nichtfunktionieren des ungarischen Parlamentes eine Verletzung der Verfassung sei. Sie bezeichnet es als verfassungswidrig, daß die Koalition als parlamentarische Majorität nicht längst mit der Regierung betraut worden sei. Die Erklärung des Kabinetts Fejervary sei nichts anderes als Absolutismus. Die verfassungs- und gesetzwidrigen Handlungen der Regierung erforderten unbedingt, daß diese in Anklagezustand versetzt werde. Die Resolution betont ferner die Verfassungswidrigkeit der fortgesetzten Beratungen, durch die es unmöglich gemacht werde, die Anklage gegen die Regierung zu erheben und vermahnt sich entschieden gegen die Beratungen und das verfassungswidrige Regime. — Aus der Kabinetts- ist nunmehr eine Verfassungskrise geworden.

Für das Wahlrecht. Der böhmische Landtag ist gestern wieder eröffnet worden. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die Sitzung ohne Zwischenfall geschlossen. Vor Beginn der Sitzung veranfaßten die Sozialdemokraten eine Kundgebung für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, an der sich etwa 5000 Arbeiter beteiligten. Die weißen Fabriken feierten. Die Manifestanten begaben sich in langsamem Zuge zum Oberlandesmarschall sowie zum Statthalter, denen eine Deputation einen Protest gegen die beabsichtigte Wahlordnung für den böhmischen Landtag und das Parteienrecht überreichte. Beide erwiderten, daß der so wichtigen Frage volle Aufmerksamkeit geschenkt werde und daß die Bestrebungen auf Erweiterung des Wahlrechts mit dem gebotenen Interesse verfolgt würden. Hierauf löste sich der Zug in voller Ruhe auf. Der Verkehr, der vorher unterbrochen war, wurde wieder aufgenommen. Die Säden, die geschlossen worden waren, wurden wieder geöffnet.

Meuterei auf einem österreichisch-ungarischen Kreuzer. Ueber eine Meuterei auf dem österreichisch-ungarischen Kreuzer „Panther“ in Auckland weiß der Triester „Piccolo“ zu melden: Die Meuterei soll infolge des Selbstmordes des Maschinenunteroffiziers Geripph ausgebrochen sein. Geripph habe sich in einem Briefe aus Auckland an Verwandte in Pola über Mißhandlungen durch Offiziere beklagt und die Absicht, sich zu töten, ausgesprochen. Vor einigen Tagen sei bei den Verwandten in Pola ein Telegramm mit der Nachricht des Selbstmordes aus Auckland gelangt. Angeblich sollen der Kapitän und mehrere Offiziere ermordet und viele Offiziere an Land geschickt sein. Das Marineministerium versichert dagegen, daß der „Panther“ bereits von Auckland abgegangen sei. Demgegenüber halten aber die Triester Blätter ihre Behauptung aufrecht.

Frankreich. Die Frauen von Vaugny. Unter diesem Titel steht der Genosse Rouanet seine Enthüllungen über die im französischen Kongogebiete verübten Greuelthaten in der „Humanité“ fort. Als die Fälle Gaud und Laque bekannt wurden, suchten sich die Verteidiger des kolonialen Ausbeutungssystems damit zu entschuldigen, daß es sich um Ausnahmefälle handele. Nun kommen aber immer mehr Beweise von dem unmenschlichen Wüten der weißen Abenteurer gegen die Eingeborenen, daß diese Ausflucht nicht mehr hilft. Ich mache die literarisch-patriotische Presse Rouanet vorwärts, er hätte warten sollen, bis der Minister die betreffenden Dokumente veröffentlicht. Rouanet aber zeigt keine Lust, diesen Rat zu befolgen; er ist der durchaus richtigen Meinung, daß die Berichte der Untersuchungskommission nicht dazu da sind, in den Schranken der Ministerien zu verfaulen. Und in der Tat, gar nicht schnell genug kann die Öffentlichkeit unterrichtet werden von dem Treiben der französischen Zivilisatoren am Kongo. So grauenvoll sind die Schilderungen, welche Rouanet aus den Berichten eines Arztes wiedergibt, daß man sich in die Zeiten des finsternen Mittelalters verhielt. Man höre:

Der Arzt Dr. Falconis kam im Mai 1904 direkt von Frankreich nach der Station Vaugny. Da er keine Anstalt nicht angemeldet hatte, war auf dem Posten keine Vorsorge für seine Unterkunft getroffen; er mußte mit einem engen Kamm in der Apotheke schlafen. Dieser Umstand führte aber dazu, daß er eine genaue Entdeckung machte. Er schlief nur schlecht, erhob sich am frühen Morgen, um einen Spaziergang zu machen. In der Nähe des Stationsgebäudes hörte er Wimmern und Stöhnen, das aus einer Hütte drang, deren Tür von außen geschlossen war; er öffnete sie und es bot sich seinen Augen ein schrecklicher Anblick dar. Frauen, netz weibliche Skelette, abgezehrt, die Augen brennend von Fieber und Hunger, lagen dort durcheinander, in Finsternis und Gestank. Die eine — diejenige, deren Wimmern der Doktor gehört — lag im Blute schwimmend am Boden; sie hatte einem Kinde das Leben gegeben. Hier in dieser Grabeshöhle rang das Leben mit dem Tode in verzweiflungsvollem Kampfe. An der Seite dieser Unglücklichen lag eine andere, die der Tod schon vor einigen Stunden von ihren Qualen erlöst hatte. Wieder andere, deren Atmen nur noch ein schwaches Köcheln war, hielten in ihren abgemagerten Armen kleine Wesen, die vergebens der Mutter Kraft suchten. Falconis, star vor Entsetzen, eilte zum Kommandeur der Station. Dieser berichtete ihm, daß die Frauen und Kinder als Gefangene aus einem Gebiete —, etwa fünf Tage reisen entfernt — entführt worden waren. Es waren ihrer 58 gewesen; davon mehrere in schwangerem Zustande. Die Zahl der Kinder betrug 10, wovon einige im zartesten Alter. Die Hütte war 6 Meter lang und 4 1/2 Meter breit und hatte außer der Tür keine weitere Öff-

nung. In den letzten 13 Tagen waren von den Frauen 25 geboren; ihre Letztname hatte man einfach in den Fluß geworfen. Am 12. Mai waren die Gefangenen in Wangui angelangt. Bis zum 17. Juni war ihre Zahl auf 13 Frauen und 8 Kinder zusammengeschmolzen; man hatte sie hauptsächlich verhungern lassen. Das letzte hat Dr. Fulconis durch Untersuchung der lebenden sowohl als einiger der verstorbenen Frauen festgestellt und in einem Dokument unanfechtbar wiedergegeben. Woher kamen diese Frauen und Kinder und warum hatte man sie aus ihrer Heimat in die Gefangenschaft geführt, wo man sie ebenbürtig verhungern ließ? Was hatten sie verbrochen? Für Heimatshof hatte den höchsten Beamten der Kolonialgesellschaft nicht genügend Kaufschuß abgeliefert und so wurden die Frauen als Geiseln entführt, um die Männer zu größerem Fleiß zu zwingen. Auch diese Schilderungen versucht man mit Verhöhnungen und Demütigungen zu bekämpfen. In der Presse der Kolonialinteressenten wird es so dargestellt, als ob der französische Agent Culard die Frauen aus reinster Humanität hinweggeführt hat. Das Dorf sei von den Männern verlassen gewesen; diese seien auf belgisches Territorium entwichen und die Frauen zurückgelassen. Das ist richtig. Rouquet weiß aber durch Aufzählung ganz bestimmter Einzelheiten folgendes nach: Der Generalkommissar Genil hat an seine Unterbeamten die Anweisung erlassen, vor allem für Einziehung der Steuern zu sorgen. Die Untergebenen suchten mit Eifer dieser Ober nachzukommen, wohl wissend, daß hiervon ihr Avariceament abhängt. Immer wenn die Funktionäre des Staates oder der Kolonialgesellschaften mit ihren Herden eintreffen, stehen viele der Eingeborenen in die Nachbargebiete. So war auch das Dorf Ngoumba von einem Teil seiner Einwohner verlassen und der Häuptling benachrichtigte Culard, daß es ihm wegen Mangel an Männern nicht möglich sei, die verlangte Menge von Kaufschuß zu liefern. Deshalb wurden aus diesem Dorf die Frauen fortgeführt und zunächst nach Mongoumba gebracht, um den Anführer des Dorfes zur Ablieferung der verlangten Menge von Kaufschuß zu zwingen. Von seiner Familie selbst waren seine Mutter, seine Frau und ein Knabe mit in die Gefangenschaft geführt. Zweimal lieferte der Häuptling Kaufschuß ab und verlangte die Herausgabe der Seinigen. Das erstemal war die Quantität dem Beamten noch nicht groß genug und das zweitemal waren die Frauen mittlerweile schon nach Wangui gebracht, weil in der Nähe von Mongoumba Unruhen ausgebrochen waren. Dort in Wangui fand dann der Dr. Fulconis jene Frauen in der obengedachten grauenvollen Lage vor.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 11. Oktober.

Der Zuzug von baugewerblichen Arbeitern nach Lübeck ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

Achtung, Zimmerer! Ueber den städtischen Wasserbauplatz wurde die Sperre verhängt, weil die Verwaltung es ablehnt, den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen.

Das Theater in der Bürgerschaft. Die Theaterfrage hat in der letzten Zeit den Bürgerchaftssaal in einen Theateraal verwandelt. Die Zuhörer hatten unwillkürlich das Gefühl, als ob die Herren „Volksvertreter“ mit vielem Glück bemüht waren, eine Posse aufzuführen, und das häufige, herzliche Gelächter bewies denn auch, daß die einzelnen Akteure ihren komischen Rollen durchaus gewachsen waren. Am Montag fand der dritte oder vierte Aufzug statt; wann die nächsten folgen werden, ist noch unbestimmt; aber sie werden folgen. Ueber die letzte Bürgerchaftssitzung ernsthaft zu berichten, ist schwer möglich. Der Hochschmäuferei zwischen den drei Streiter-Gruppen aus St. Lorenz, St. Jürgen und St. Kasino wogte fast die ganze Sitzung hindurch unentschieden hin und her, bis schließlich um die zehnte Abendstunde herum der Sieg sich an die Fahnen der Kämpen aus St. Lorenz heftete. Damit war der Senatsantrag, nach welchem das Theater in der Bedekergrube verbleiben sollte, geschehen und der frühere Beschluß der Bürgerschaft aufgehoben.

Die Theaterfrage selbst, deren schleunige Lösung angeheißt von allen Bürgerchaftsmitgliedern auf das heftigste gewünscht wurde, steht genau auf demselben Fleck, wie nach der Schließung des alten Theaters. Der Senat wird, wenn er den Beschluß der Bürgerschaft akzeptiert, demnächst eine Vorlage einbringen müssen, nach welcher das Theater vielleicht auf dem Rollschuppenplatz zu stehen kommt. In der Bürgerchaftsversammlung brauchen dann nur die Herren aus St. Lorenz etwas weniger zahlreich vertreten zu sein, wie gerade das letzte mal, oder wenn nur einige Jäger diesmal mit Nein stimmen, so kommt wieder kein vernünftiger Beschluß zu stande und das alte Spiel geht weiter seinen Gang. Eine wenig beneidenswerte Rolle spielt in der Theaterangelegenheit der Senat. Er erklärt bald dies, bald jenes, in der Hoffnung, daß die „Volksvertretung“ sich dadurch für den Senatsantrag bestimmen läßt; bisher hat er jedoch wenig Glück damit gehabt. Das wäre eigentlich zu verwundern, da die Bürgerschaft doch nur aus Leuten eines politischen Glaubens besteht, die gewohnt sind, mit dem Senat durch Dick und Dünn zu laufen. Man muß jedoch auch in Betracht ziehen, daß wir es nicht nur mit Lokalpatrioten, sondern mit Stadtviertelverteidern zu tun hat, die weniger Rücksicht auf das Gesamtinteresse, als auf das spezielle Interesse irgend einer Vorstadt nehmen. Dazu kommt in der Theaterfrage noch, daß eine ganze Anzahl Bürgerchaftsmitglieder zugleich Aktionäre der Kasino-Gesellschaft und aus diesem Grunde finanziell an der Sache interessiert sind. Obwohl beantragt wurde, die Kasinoaktionäre möchten sich nicht an der Abstimmung beteiligen, konnte man sich zu diesem nach der Geschäftsordnung eigentlich ganz selbstverständlichen Schritt nicht entschließen. Die Abstimmungen waren diesmal in drei Fällen namentliche; ein seltenes Vorkommnis in der Bürgerschaft, das sich aber nach dem Abstimmungsstübelmudel der letzten Sitzungen als eine dringende Notwendigkeit erwies. Das Resultat haben wir bereits mitgeteilt. Der Beschluß der vorigen Bürgerchaftssitzung wurde aufgehoben und verlangt, das neue Theater in der Nähe des Holstentores zu erbauen. Jeder hat das Recht, sich so gut zu blamieren, als er kann, und daß die Lübecker Bürgerschaft von diesem unbeschränkten Recht ausgiebigen Gebrauch gemacht hat, wurde bereits von den eigenen Mitgliedern Dr. Wichmann und Dr. Wittern mit Nachdruck konstatiert.

Ein kleiner, aber interessanter Zwischenfall wurde durch Herrn Dr. Wichmann hervorgerufen. Letzterer be-

hauptete nämlich, daß das Finanzdepartement so fiskalisch sei, daß es lieber die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft von hier fortziehen lassen wolle, als derselben einen gemüthlichen Platz zuzuwenden. Obwohl Senator Dr. Neumann diese Behauptung bestritt, erklärte Rechtsanwalt Dr. Wittern, der anscheinend nicht unbeteiligt an der Sache ist, es sei so wie Dr. Wichmann sage; der Senator sei nur nicht recht unterrichtet. Wer hat nun Recht. Jedenfalls wäre es ein schwerer Verlust für die heimische Industrie, wenn die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ihr Etablissement von hier verlegen würde. Solidaritätsbezeugung. In der gestern abgehaltenen Versammlung der hiesigen Zehnkörpers des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter wurde mit großer Mehrheit beschlossen, zur Unterstützung der streikenden resp. ausgeperrten Berliner Elektrizitätsarbeiter auf die Dauer von 4 Wochen einen doppelten Beitrag zu erheben. Weiterhin wurde aus der Lokalfasse 50 Mk. für die Berliner Kollegen bewilligt.

Die Bürger des Landgebietes, welche zu der dritten Klasse gehören, d. h. weniger wie 2000 Mk. versteuern oder keine 3 Hektar Land besitzen, haben in diesem Jahre nur in Travemünde und im Travemünder Landbezirk (die Gemeinden Broden, Gneversdorf, Teutendorf, Könnau, Jendorf, Böppendorf, Dummersdorf, Kücknis, Herrenwitt und Siems) das Wahlrecht. Die Wählerlisten liegen im Gemeindebureau zu Travemünde vom 11. bis 18. d. Mts. werktäglich von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 5 Uhr zur Einsicht aus. Die Bürger der dritten Klasse in dem übrigen lübschen Landgebiet haben in diesem Jahre kein Wahlrecht.

Aus dem Gerichtssaal. Einem oft getriebenen Schwindel war die Frau W. zum Opfer gefallen. Ein Reisender M. kam ins Haus und erzählte der Frau, sie könne zwei Silber vollständig unentgeltlich erhalten. Dagegen hatte sie natürlich nichts einzuwenden. Als dann später die Silber anlangen, mußte Frau W. 15 Mk. für die Bilderrahmen zahlen. Das Schöffengericht verurteilte M. wegen Betruges zu 3 Wochen Gefängnis. — In der Trunkenheit verübte der Arbeiter S. großen Unfug und widersetzte sich seiner Verhaftung. Ein Tag Haft und 5 Tage Gefängnis sollen diese Frevelthaten sühnen. — Ein unangenehmer Liebhäber scheint der Gelegenheitsarbeiter B. zu sein. Derselbe begehrte bei einem in Broden beim Landmann Müller in Stellung befindlichen Dienstmädchen Einlaß. Als ihm dieser verweigert wurde, schlug er ein Fenster ein. Die Strafe lautet auf 3 Wochen Gefängnis.

Heilbehandlung für Lungenkranke. Am 1. September 1905 wurden auf Kosten der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte zum Teil mit Zuschuß von Krankenkassen in Heilstätten für Lungenkranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern untergebracht 545 Versicherte, aufgenommen wurden im Laufe des Monats 208 Versicherte, zusammen 753 Versicherte, davon wurden im Laufe des Monats entlassen 277 Versicherte, mithin befanden sich am Schluß des Monats in Heilbehandlung 476 Versicherte und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 49, Bremen 120, Hamburg 307. Außerdem mußten im Laufe des Monats 107 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

Neuer Referendar. Der Senat hat den Rechtskandidaten Kurt Schmidt zum Referendar ernannt und ihn als solchen vereidigt.

Namensänderung. Der Senat hat dem Tischlergehilfen Heinrich Friedrich Schwarzen hier selbst den Familiennamen Gröpper verliehen.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag statt.

Wilhelmtheater. Zur Aufführung gelangt Donnerstag zu kleinen Preisen Brandon Thomas' urkomischer Schwank „Charleys Tante“.

pb. Ein dunkler Fall. In der Nacht zum 10. d. Mts. wurde von einem auf Posten befindlichen Schutzmann in der Mengstraße ein Mann in einem Hauseingange sitzend angetroffen, und nach seinen Legitimationspapieren befragt. Hierbei wurde bemerkt, daß der Mann eine Summe von 269 Mk. bei sich führte, über deren Erwerb er sich nicht glaubwürdig auszusprechen vermochte. Während er zunächst behauptete, das Geld sei sein Eigentum, welches er erst von der Sparkasse erhoben habe, gestand er später, das Geld gefunden zu haben. Der Betroffene, der ein in Steinhorst im Dienst gewesener Arbeiter ist, wurde festgenommen.

pb. Diebstahl. Aus dem 3. Stock eines an der Untertrave belegenen Hauses wurde in der Zeit vom 4. bis 9. d. Mts. ein dunkler, gekleideter Winterübergieher mit Sammeltragen, einer Reihe Knöpfe und schwarzem Lastingfutter gestohlen.

Zuzug von Manerern nach Schlutup ist fernzuhalten.

Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Bögischen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohbrau in Lanen.

Schlutup. Ein „hoykottierter“ Ziegenbock. Man schreibt uns: In einem Eingebot des „Landboten“ wird von einem Boykott, der seinesgleichen sucht und in Schlutup das Licht der Welt erblickt haben soll, gesprochen. Ein Ziegenbock soll nämlich durch die Streikenden um seine Liebesfreunden kommen. Zu diesem Eingebot bemerken wir folgendes: Der brave Arbeiter, der den ausgezeichneten Ziegenbock heisst, heisst nur in der Phantasie des Einsenders, denn in Schlutup ist kein Arbeiter, der sich im Besitz eines so wertvollen Objektes befindet. Aber ein gewisser Mann, der sich gern Wüthchmeister heisst, nennt ein solches Tierchen sein eigen. Daß dieser Meister und dessen Frau Arbeitswillige sind, weiß ja ein jeder Schlutuper, aber daß darum von einem Boykott gesprochen werden könnte, ist einfach lächerlich, da sich unter den Ausgeperrten nur 3 Personen befinden, die sich Ziegen halten. Aber vielleicht ist dieses Eingebot nur geschrieben worden, um den ohnehin schon stark bei seinen früheren Arbeitgebern in Mißkredit geratenen Meister wieder etwas in die Höhe zu bringen. — Auch in der neuesten Nummer des „Landboten“ wird wieder gegen die Streikenden in gewohnter Weise gepöbel. Dadurch wird allerdings nur bewiesen, daß der Streit für die Kämpfer gut steht. Sonst braucht man doch nicht auf faulstüchtigen Lügen zu greifen, um seinem Horn über die Streikenden Luft zu machen. Das beste Thermometer für die Streiklage sind die Schimpfenpfeile des „Landboten“; je größer dieselben sind, desto besser steht die Sache der Ausständigen.

Ents. Wahl der Landtagsabgeordneten. Der Wahlkommissar für den Wahlkreis Fürstentum Lübeck, Haktamp, macht folgendes bekannt: Gemäß Artikel 31 §§ 1 und 2 des Wahlgesetzes vom 21. Juli 1868 lade ich die Wahlmänner zu der am Dienstag, den 17. Oktober dieses Jahres, vormittags 10^{1/2} Uhr im Hotel „Stadt Hamburg“ zu Eutin statt-

findenden Wahl der Landtagsabgeordneten. Eine Bevollmächtigung zur Wahl unstatthaft. Wahlmänner, welche die Wahl nachträglich ablehnen wollen, haben davon dem Gemeindevorsteher oder mit sofort Nachricht zu geben.

w. Meisfeld. Ueber Leutenot auf dem Lande wird ständig von den Agrariern und ihren Freunden geklagt. Demgegenüber haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß die Leutenot verschwindet, wenn man nur den Landarbeitern eine anständige Behandlung, sowie angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren wollte. Wie es in Wirklichkeit mit der Behandlung bestellt ist, geht daraus hervor, daß in Neuhof ein Gutbesitzer seinen Vogt deshalb mit argen Schimpfworten regalierte und ihn schließlich entließ, weil dieser ein Pferd, das ihn gebissen hatte, dafür schlug. Weiter erhielt ein Pferdbesitzer desselben Herrn mitten in der Arbeit plötzlich ohne jeden Grund seine Entlassung. Und da klagt man über Leutenot!

Seine Chronik der Nachbargebiete. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Schiffswerft von Wieghorst in Hamburg. Der dort beschäftigte Werftarbeiter Grazig aus Altona fiel auf einem Schiffsneubau in den Raum und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er einige Stunden nach seiner Einlieferung im Hafenkrankenhause starb. — Gestern früh entgleiste auf der Straße Marne-St. Michaelisbahn ein Zug. Personen wurden nicht verletzt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Hamburg. Ausfall. Am Montag haben die in den 12 größten Fischräuchereien von Hamburg und Altona beschäftigten Räucherer wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer wollten nur ganz geringfügige Zugeständnisse machen. Obendrein wurden Maßregelungen einzelner angeklündigt. Es haben solche auch bereits stattgefunden. Da anderen in den Räuchereien tätigen Personen zugemutet wurde, an den von den Ausständigen verlassenen Räucheröfen zu arbeiten, was verweigert wurde, hat sich die Zahl der Ausständigen um fünf vermehrt.

Kiel. Ein schwerer Unfall passierte auf der Victoria-Brauerei in der Lindenstraße. Dort pläzte eines der großen Fässer, mit dessen Wäpchen Arbeiter beschäftigt waren, mit gewaltigem Krach auseinander. Drei Arbeiter wurden verletzt, davon zwei schwer. Die Feuerwehr erschien auf der Unglücksstelle und schaffte die Verletzten ins Krankenhaus. Die Detonation war so stark, als ob ein Kessel geplatzt wäre. Das Unglück wurde dadurch herbeigeführt, daß Spech in das Fass hineingegossen und vergessen wurde, das Spechloch zu öffnen. Infolgedessen konnten die Dämpfe nicht abziehen und sprangten die Wände.

Flensburg. Ein gutes Ergebnis ist erzielt worden dadurch, daß einzelne Parteigenossen sich für die Verbreitung unserer Wochenchrift „Die Neue Zeit“ ins Geschirr legten. Der Abonnentenstand stieg von 8 auf 19. Wir wünschen nur, daß diese Bekäure auch ihren Zweck erfüllen wird, damit eine bessere Vertiefung in das Wesen des Sozialismus stattfindet.

Güfrow. Schwurgericht. Am letzten Verhandlungstag erschien zunächst als Angeklagter der Stellmacher Jarchow aus Silz wegen Brandstiftung. Er soll die Scheune auf der Müller Gundlach'schen Wädnerei in Silz vorzüglich in Brand gesetzt und ferner versucht haben, das Wohnhaus auf seiner eigenen Wädnerei in Silz in Brand zu setzen. Der Angeklagte bestreitet die Anschuldigungen. Die Staatsanwaltschaft trat für die Bejahung der Schuldfragen nach vollendeter Brandstiftung, da der Beweis der Täterschaft gegen den Angeklagten nicht in ausreichender Weise geführt worden sei. Die Geschworenen verneinten die Frage nach vorläufiger und bejahten die nach fahrlässiger Brandstiftung. Der Angeklagte wurde darauf in eine Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt. — In letzter Sache wurde am Sonnabend verhandelt gegen den Amtsdiätar D. Duhbe aus Rostock, welchem zur Last gelegt war, seit 1903 fortgesetzt Gelder, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen hatte, unter falschen Angaben zu haben und insolgedessen Rechnungsbücher unrichtig geführt und unrichtige Abschlässe aus den Büchern vorgelegt zu haben. Er hat über 7000 Mark aus vereinnahmten Pachtgeldern, zu zahlenden Pensionsträgern u. s. w. für sich verbraucht. Der Angeklagte hat sich f. Bt. selbst der Staatsanwaltschaft gestellt und ist geständig. Dieses Umstandes wegen wurden dem Angeklagten mildernde Umstände ausgemessen und lautete das Urteil auf drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft und 5 Jahre Ehrverlust. Hiermit endete abends 10 Uhr die dritte ordentliche Schwurgerichtsperiode.

Stadthallen-Theater.

Fra Diavola, komische Oper in 3 Akten von Huber. Ueber gehört zweifellos zu den glänzendsten Vertretern der französischen Lustspieloper, und sein „Fra Diavola“ ist den besten dieses Genres anzuzählen. Leichtfüßige, melodische Musik, die sich auch im Laufe der Jahrzehnte vor dem Schicksal der Veraltung bewahrt hat, und insofern ihrer Frische und Lebendigkeit noch ebenso entzückt wie am Tage ihres Entstehens, nimmt den Hörer gleich zu Beginn gefangen und festelt ihn bis zum Schluß. Auch das Libretto ist unterhaltend und amüsan. Die gestrige Vorstellung legte wieder einen Beweis dafür ab, daß das diesjährige Opernensemble berechtigten Ansprüchen durchaus genügt. Wenn Herr Jäger nicht verabschiedlich die Töne herausquetschen wollte, so würde sein Titelheld, der im übrigen recht nett gespielt wurde, noch besser gefallen haben, als das gestern bereits der Fall war. Sehr beifallswürdig gelang ihm im zweiten Akt das Liedchen „Dorina, jene kleine“. Eine Soubrette von hervorragender gefanglicher Qualität ist Frau Jäger-Meyer. Die kryptalline Stimme scheint zwar gelegentlich des wärmeren Tons zu entbehren, ist jedoch wohlgeschult und wird mit Geschick verwendet. Die Berlin der vorgenannten Künstlerin, die auch befriedigend in der Darstellung war, stand verdientermaßen im Mittelpunkt des Interesses. Das Engländerpaar hatte in Fr. Schläger und Herrn Simon zwei Vertreter gefunden, die sich ihrer Aufgabe geschickt entledigten. Als Wandit erregte Herr Liban durch sein humorvolles, allerdings zu Uebertreibungen geneigtes Spiel, köstliche Heiterkeit. Ganz famos gelang ihm die Nachahmung von Berlin's Gesang. „Für ein einfach ländliches Mädchen“. Als singender Dragoneroffizier Lorenz stellte sich unser neuer lyrischer Tenor, Herr Fersäke, vor. Der Künstler besitzt zweifellos Stimme, und das ist für einen Sänger immerhin die Hauptsache. Die Romanze des letzten Aktes gelang ihm sehr annehmbar. Die Ehre hätten floter gehen können. Alles in allem machte die Aufführung, die von Herrn Kapellmeister Beyß mit Umsicht geleitet wurde, einen guten Eindruck und erzielte reichen Beifall. P. L.

An die Parteigenossen

der Provinz Schleswig-Holstein, des Fürstentums Lübeck und des Hamburger Staates.

Der diesjährige Provinzialparteitag findet am Sonntag, 15. und Montag, 16. Oktober, in der „Garmonie“ in Elmshorn statt.

Die Verhandlungen werden um 11 Uhr vormittags beginnen. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Konstituierung des Parteitages. Festlegung der Tagesordnung. Wahl einer Mandatsprüfungskommission und einer Kommission zur Prüfung des Etats und der Jahresabrechnung.
2. Bericht der Agitations-Kommission. Referent: E. Saalfeld.
3. Etatsberatung.
4. Bericht über die Presse.
 - a) Geschäftlicher Teil: Julius Krause und D. Hindfleisch;
 - b) Redaktioneller Teil: W. Brecur.
5. Der Parteitag zu Jena und unsere Provinzorganisation.
6. Anträge und Resolutionen.
7. Die Fleischnot und die Grenzsperrung unserer Provinz.
8. Wahl des Sitzes und des Vorsitzenden der Agitationskommission.
9. Bestimmung des Ortes für den nächsten Provinzialparteitag.

Anträge, die in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen, sind spätestens bis zum 5. Oktober an uns einzusenden.

Die Delegierten bitten wir, uns und dem Lokalkomitee von ihrer Delegation rechtzeitig Mitteilung zu machen. Mandatsformulare sind von der Agitationskommission, Reumünster, Friedrichstr. 6, abzuholen.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Louis Wroblewsky, Elmshorn, Amandastraße 37.

Etwaige Wünsche, betr. Logis, sind dem Lokalkomitee mitzuteilen.

Neumünster, 1. September 1905.

Die Agitationskommission.

Sozialer und Parteileben

Zur Ausperrung in der Berliner Elektrizitäts-Industrie. Das „Berliner Tageblatt“ meldet, es sei Aussicht auf einen Friedensschluß in der Berliner Elektrizitäts-Industrie vorhanden. Die Robabilitäten, unter denen die Wiederaufnahme der Arbeit auf der ganzen Linie vor dem 14. Oktober nicht unwahrscheinlich sei, erheben sich allerdings zur Zeit noch der Öffentlichkeit. Dasselbe Blatt meldet: Eine Versammlung der Arbeiter der Firma A. Vorjig in Tegel eckte sich am Sonnabend mit den streikenden Elektrizitätsarbeitern (solidarisch) und verpflichtete sich, sofort in den Streik einzutreten, sobald das Streikkomitee sie dazu auffordert. Das christliche Gewerkschaftskomitee für Berlin hat in einer Versammlung zu dem Arbeitskampf in der Elektrizitätsindustrie Stellung genommen. Es wurde einstimmig folgende Erklärung beschlossen: „Die christliche Gewerkschaftsversammlung bürdet auf entschiedene, daß wegen einer geringen Lohnforderung, die ein kleiner Teil von Arbeitern in der elektrischen Industrie stellte, Tausende von Arbeitern ausgebeutet und brotlos gemacht wurden. Sie spricht den ausgesparten Arbeitern ihre volle Sympathie aus und ver-

spricht, sie in ihren Kämpfen nach besten Kräften zu unterstützen.“

Einige der größten Firmen der Eisenindustrie und eine Anzahl kleinerer sind angebl. wie nach dem „V. D.“ verlautet, gegen den Aussperrungsbeschluß, weil sie mit ihren Arbeitern in Frieden leben und den Frieden wegen des Lohnkampfes in der Elektrizitätsindustrie nicht aufs Spiel setzen wollen. Sie sollen geltend machen, daß die Elektrizitätswerke auf die Dauer doch nicht um einen Tarifvertrag mit ihren Arbeitern herumkommen werden, und beschwören daher, ihn bei der nächsten Gelegenheit zu vereinbaren. Daß es in der Tat Metallindustrie gibt, die nur widerwillig dem Aussperrungsbeschluß nachkommen, beweist der „Aussperrungs“-Schlag in der Fabrik von Kaiser u. Schmidt, dem folgender Zusatz angehängt ist:

Diese Anordnung tritt gegenüber den weiblichen Arbeiterinnen, den Werkzeugmachern und den an den eiligen Kommissionen 10171 und 7270 Beteiligten nicht in Kraft.

Desgleichen können angefangene Aufträge noch über diesen Termin hinaus fertiggestellt werden.

Wir bedauern um so mehr, zu diesem Schritt gezwungen zu sein, als das gute Einvernehmen zwischen uns und unseren Arbeitern nicht gestört worden ist.

Berlin, den 7. Oktober 1905.

Kaiser u. Schmidt.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ behauptet, „daß die Arbeitgeber, als ihnen die höheren Lohnforderungen der Arbeiter bekannt gegeben wurden, zu einem Kompromiß bereit waren, während die Arbeiter zeigen wollten, daß sie die Stärkeren und jede ihrer Forderungen durchzusetzen imstande seien und deshalb kein Jota von den ursprünglich aufgestellten Forderungen ablassen wollten.“

Dem gegenüber stellt der „Vorwärts“ folgendes fest: Es kann aktenmäßig nachgewiesen werden, daß die Unternehmer die bedingungslose Aufnahme der Arbeit verlangten, die Arbeiter aber Unterhandlungen nachsühten! Am 20. September 1905 erhielt der Arbeiterausschuß der Siemens u. Halske-Gesellschaft folgende Mitteilung:

„Wir sind zu unserem Bedauern nicht in der Lage, auf die von den Schraubendrehern gestellten Forderungen einzugehen.“

Falls die Arbeiter auf ihrer Forderung beharren bezw. im Ausstande bleiben, sind wir gezwungen, unseren Betrieb zunächst im Werretwerk am Donnerstag Abend und darauf in allen anderen hiesigen Werken unserer Firma und der Siemens-Schubert-Werke einige Tage später einzustellen.“

Qualität teilen wir mit, daß wir uns mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, wo ebenfalls ein Teil der Arbeiter in den Ausstand getreten ist, dahin verständigt haben, daß wir den Betrieb nur gleichmäßig in allen Gesellschaften wieder aufnehmen werden.

Wir sind jedoch bereit, von jeder Maßnahme abzustehen, falls die im Ausstand befindlichen Arbeiter sowohl im Fabrikwerk Oberspreewald als auch im Werretwerk sich bis Donnerstag, Mittags 12 Uhr, einverstanden erklären, am Freitag früh die Arbeit wieder aufzunehmen, und zwar zu den alten Bedingungen.“

In diesem Falle wird die Erklärung unterzeichnet, ob die Arbeit Freitag früh wieder aufgenommen werden darf, nach Verständigung mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Donnerstag, Nachmittags 4 Uhr, dem Ausschuss bekannt gegeben werden.“

Dann verüchten die Arbeiterausschüsse am Donnerstag, den 21. September, einen Aufruf der Aussperrung zwick Anbahnung von Unterhandlungen zu erlangen, wurden aber abgewiesen. Sie suchten dann trotz der Verweisung noch einmal Unterhandlungen, was ihnen die Direktion am Sonnabend, den 23. September, schriftlich in einer Bekanntmachung beifälligte, in der es heißt: „Auf An-

gewohnheit kommen. Dort fängt die Spitzhade, wenn sie nicht früh geschickt ist, ebenso von dem vermaledeiten Bemerktoben zurück, wie eines Zähne hier von dem Fleische. Ich laue nun schon eine Viertelstunde an dem Stück hier, und es wird immer dicker im Munde.“

„Verdammt den roten Boden!“ schrie aber ein Anderer wieder — verberbt uns den Appetit nicht, denn ich bin froh, wenn ich den nichtswürdigen Blech nur einmal einen Augenblick vergessen kann. Morgen ist aber der letzte Tag, an dem ich darin herumhade, und wenn ich dann nicht auf die Klumpen komme, will ich verbrannt werden, wenn ich auch nur noch einen Stein darin umdrehe.“

„Na, kommt her, Hale, und seht Euch; das Essen wird sonst ganz kalt.“

„Nein, ich hau' Euch, Bizar, ich bin fertig mit essen — aber was habe ich Euch, Wollung, und Euch, Green, damals gesagt, wie Ihr mit solcher Wut über die rote Haut herfiel, heh?“

„Ja, zum Donnerwetter, wenn man aber einen solchen Klumpen aus dem Boden herausnehmen sieht,“ sagte Bizar etwas verlegen.

„Habt Ihr gesehen, wie er herausgerommen wurde?“ fragte der Sheriff.

„Ich? — nein,“ sagte der Mann und sah überrascht zu dem Frager auf.

„Und hat es jemand Anderes gesehen?“ fragte der Sheriff weiter.

„Nicht, daß ich wüßte,“ rief Green — „aber den Trufel auch — man kann doch nicht glauben — Best noch einmal, wenn ich gewiß wüßte, daß uns die drei verdammten Hotters zur Besten gehabt hätten, ich ginge hin und schlage ihnen einzeln die Knochen im Leibe entgegen.“

„Habt keine Angst, die werden ihrer Strafe nicht entgehen,“ lachte aber der Sheriff vor sich hin. „Der Alfade selber will sie vertilgen.“

regung der Arbeiterausschüsse unserer Fabriken...“ Wo gerade umgekehrt, wie die „Norddeutsche“ es darzustellen beliebt: Die Unternehmer verlangten bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, die Arbeiter aber suchten immerwährend wieder Verhandlungen nach!

Es ist auch Herr Bued, der Oberschornmacher auf dem Plan erschienen. In einem Zirkular der Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände werden die angeschlossenen Verbände und Betriebe aufgefordert, die Berliner Elektrizitätsfirma dadurch zu unterstützen, daß sie die aus der Berliner Elektrizitätsindustrie kommenden Arbeiter nicht aufnehmen bezw. in den letzten Tagen aufgenommene wieder entlassen, und daß sie ferner diese Maßregel auch zu Gunsten der Betriebe des Verbandes Berliner Metallarbeiter hat auf die Berliner Arbeiter Elektrizitätsindustrie kommenen Arbeiter nicht aufnehmen bezw. in den letzten Tagen aufgenommene wieder entlassen lassen, falls diese Betriebe am 14. Oktober geschlossen werden. Arg betroffen durch die Aussperrung der Elektrizitätsarbeiter sind die Geschäftsleute der Gegend, in denen die Maschinenbetriebe der Branche liegen. Die „National-Zeitung“ schreibt darüber: „Die Noth vor der beabsichtigten Generalausperrung sämtlicher Metallarbeiter hat auf die Gewerbetreibenden in Oberschornweide geradezu niedererschmetternd gewirkt. Um die Verweisung der Oberschornweider Geschäftsleute zu verstehen, muß man die einzeltätigen Verhältnisse dieser Industrievororte in Betracht ziehen. Ganz Oberschornweide lebt tatsächlich von dem Geld, das die Berliner Arbeiter in der dortigen Maschinenbetriebe verdienen. Die Geschäftswelt und Gewerbetreibenden sind erst nach Oberschornweide gezogen, als der junge Vorort durch die Berliner Industriearbeiter bevölkert wurde. Bleibt die Arbeiterfundschaft weg, so ist ihnen die Existenzmöglichkeit genommen. Schon jetzt, nachdem die Aussperrung im Kabinett-Oberspreewald und den V. D. B. erst wenige Tage währt, klagen Bäcker, Schlächter, Gastwirte usw. über einen kolossalen Geschäftsrückgang, weil die Kaufkraft der in Oberschornweide wohnenden Elektrizitätsarbeiter abgenommen hat und vor allem die vielen Arbeiter, die in Berlin wohnen und hier beschäftigt waren, ganz weggelassen sind und nicht mehr ihre täglichen Bedürfnisse bei den Oberschornweider Geschäftsleuten decken. Von der Salzhurg der übrigen großen metallindustriellen Werke am nächsten Sonnabend herkömmt die Oberschornweider Geschäftsleute den vollständigen Ruin. Von der Aussperrung wären nämlich in Oberschornweide u. a. folgende große Betriebe betroffen: Kupferwerke Deutschland, Lampenfabrik Fister u. Hagenwald, Deutsche Alles-Werkzeug-Maschinenfabrik usw., in dem benachbarten Niederschornweide würde das große Messingwerk seine Arbeiter entlassen. Alle diese Werke beschäftigen durchschnittlich 500 Arbeiter, so daß durch die Generalausperrung wieder einige Tausend lauffähige Kunden verschwinden würden.“

So werden durch den Generallstreik der Unternehmer nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Geschäftsleute und die Kommunen aufs schwerste geschädigt. Aber was tut das bei Kapitalproben, wenn sie nur ihre Machtgeföhle befriedigen können. „Der Staat sind wir...“ — In Charlottenburg erlosch Sonntagabend 8 Uhr plötzlich die elektrische Beleuchtung in der Hardenberg- und Berlinerstraße. Im dortigen Kaiserhof herrschte ein wildes Durcheinander, bis Kerzen angezündet waren. Als Ursache der Störung wurde festgestellt, daß ein Teil der Arbeitswilligen, die seit Beginn des Lohnkampfes Tag und Nacht in den Kraftstationen blieben, Sonntagabend zum ersten Male die Stationen verließen und am Sonntagabend die Arbeit nicht wieder aufnahmen.

Noch eine Aussperrung Die Lohnbewegung in der vogeländischen Sticker-Industrie nimmt einen ersten Charakter an. Diesmal sind es die Schiffs- und Maschinenarbeiter, die höhere Löhne beanspruchen und auf ihren Forderungen beharren. Der größte

Gold!

Ein kalifornisches Lebensbild. Von Friedrich Gerstäcker.

(47. Fortsetzung.)

Zum ersten Mal kam dabei den Gräbern in der „roten Erde“ der Gedanke, daß sie am Ende zum Besten gehalten wären und jene den Goldklumpen gar nicht hier gefunden hätten. Die Fleißigsten waren dabei schon vierzehn und fünfzehn Fuß in den Boden eingedrungen, ohne irgend etwas Erhebliches zu finden. Etwas Gold war schon da, das fand sich aber überall, wo man nur graben wollte, und zahlte hier noch nicht einmal die Hälfte der Kosten, die man in der Zeit des Niedergrabens gehabt.

Wie die Leute aber erst einmal auf diesen Gedanken gekommen waren, verarbeiteten sie ihn weiter und bestriffen nur nicht recht, welchen Nutzen die drei Amerikaner davon gehabt haben könnten, ihnen eine solche Unwahrheit glaubwürdig zu machen, als ihnen der Sheriff selber darüber die Aufklärung brachte.

Zwölf Tage waren nach jenem Morgen verfloßen, an dem die „rote Erde“ zuerst von den gesamten Goldwäschern in Angriff genommen war, und noch hatte keiner der Arbeiter seine Arbeit nur halb bezahlt bekommen, ja viele sogar die Stelle schon wieder in Verweisung aufgegeben. Da trat am Mittag der Sheriff in das Gehzelt eines Amerikaners, um dessen Tisch etwa dreißig seiner Landsleute wacker beschäftigt saßen.

„Hallo, Hale,“ rief ihm ein Bekannter zu, „seid Ihr Eurem alten Boardinghaus zurück geworden? — Hierher, Mann, hier ist noch ein Blech für Euch und ein so zähes Stück Fleisch gerad' heute auf dem Tische, wie Ihr Euch nur wünschen könnt.“

„Das hat Mac Karther uns nur aufgesetzt,“ lachte ein Kamerad, „daß wir mit dem roten Boden nicht aus der

„Was?“ riefen die Goldwäscher und sprangen von dem Tische auf, „also war die Geschichte ein Betrug?“

„Ja, und Ihr dürft Euch noch nicht einmal beklagen; denn daß Ihr den roten Boden“ so aufgebrochen habt, war Eure eigene Schuld, Euer eigener freier Will“, und kein Mensch hat Euch dazu geraten, aber der arme Alfade ist erst schlacht bei der Geschichte weggekommen.“

„Der Alfade? — der hat ja gar nicht gegraben. Aber was zum Henker noch einmal habt Ihr, Hale?“ rief Green — „Ihr seht da in einem fort in Euch hinein und haktet noch mit irgend etwas hinter dem Berge. Was ist's? — schickt einmal los!“

Der Tisch war fast ganz geräumt worden, denn alle die Goldwäscher süßten sich bei der Sache viel zu sehr interessiert, um nicht Feuer und Flamme auf etwas zu sein, das ihnen Aussicht darüüber gab. Hale schien auch wirklich noch etwas auf dem Herzen zu haben, und die Teilnahme für den Alfade war das nicht, denn alle Welt wußte, wie er mit diesem stand. Was es aber auch sein mochte, er schien sich außerordentlich darüber zu amüsieren, und sagte jetzt mit kaum verhaltenem Lachen:

„Der gute, würdige Alfade hat sich so Eures Besten angenommen, und war so besorgt, daß Ihr hier in den Minen den Mut nicht verlieren solltet, und jetzt so behandelt zu werden, ist wahrhaftig nichtsnutzig.“

„Ja, aber wer hat ihn denn so behandelt? rief Bizar ärgerlich; „der Teufel mag aus Eurem Geschwätz klug werden.“

„Nun die drei Hotters,“ sagte der Sheriff — „er hatte ihnen den Klumpen Gold geborgt, der drüben am Macalome vor sechs oder acht Monaten gefunden ist.“

„Den Klumpen geborgt?“ riefen Acht oder Neun, auf ihn zulaufend.

„Das ist gar nicht möglich,“ schrie aber Bizar — „ich habe die rote Erde, die noch in den Ritzen hat, mit meinen eigenen Augen gesehen.“

